
Landtagswahlen 2023

Wahlprüfsteine – 8 Fragen an die politischen Parteien

Eingang der Antworten

- ▣ Bündnis 90/ Die Grünen
23. Juni 2023
- ▣ SPD
18. Juli 2023
- ▣ CSU
21 Juli 2023
- ▣ Freie Wähler
3. August 2023
- ▣ FDP
07. August 2023
- ▣ AfD
keine Rückmeldung

Am 8. Oktober 2023 wird der neue Bayerische Landtag gewählt. Deshalb hat die Bayerische Architektenkammer am 25. April 2023 sechs politischen Parteien acht Fragen zu drängenden Themen des Planens und Bauens gestellt. Gefragt wurden die Parteien, die in der aktuellen Wahlperiode im Bayerischen Landtag als Fraktion vertreten sind.

Die acht Fragen werden im Folgenden zusammen mit den Antworten der Parteien abgedruckt. Maßgeblich für die Reihenfolge ist das Datum des Eintreffens der Antworten bei der Bayerischen Architektenkammer. Fünf Parteien haben sich geäußert, die AfD blieb eine Antwort schuldig.

1 Im Bestand bauen

Antworten der Parteien

Bündnis 90/Die Grünen

Der Kampf gegen die Klimakrise entscheidet sich nicht beim Neubau von Gebäuden, sondern im Bestand. Dabei ist der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes von der Herstellung der Baumaterialien über die Nutzung bis zur Entsorgung zu betrachten. Für das Einhalten der Klimaschutzziele braucht es eine Bauwende – den Kreislauf von fortwährendem Abriss und Neubau wollen wir mit einer neuen Umbaukultur durchbrechen! Gebäude modernisieren und sanieren, anbauen und umbauen – das muss einfacher, schneller und digitaler gehen. Die Bayerische Bauordnung wollen wir Grüne zu einer „Umbauordnung“ weiterentwickeln, die klimaneutralem und klimapositivem Bauen den Weg ebnet, Bauen im Bestand zum Standard macht und entsprechend fördert. Wir dämmen den Flächenverbrauch ein und schaffen gleichzeitig Wohnraum, indem wir weiter nach oben bauen. Dafür fördern wir Dachausbauten, Aufstockungen und Erweiterungen bestehender Gebäude. Das ist nicht nur besonders ökologisch und energiesparend, sondern günstig, weil keine zusätzlichen Grundstückskosten anfallen.

SPD

Sanierung und Erhalt gehen für uns als SPD vor Abriss und Neubau. Durch die Weiternutzung bestehender Gebäude wird auch die Energie, die bereits in diesen Bauwerken steckt, weitergenutzt. Das ist nachhaltig und ressourcenschonend. Das Bauen im Bestand werden wir deshalb durch spezielle Förderprogramme stärken. Die bundespolitischen Förderprogramme für die Sanierung und Umnutzung von Bestandsgebäuden werden wir auf Landesebene begleiten. Inzwischen eingeführte Anreize zur Weiternutzung bestehender Gebäude, wie die Bezuschussung des Erwerbs von Bestandsimmobilien durch Familien mit geringen und mittleren Einkommen, werden wir verstetigen. Auch kommunale Förderprogramme nach dem „Jung kauft Alt“-Modell stellen einen guten Ansatz dar: Hierbei erhalten junge Familien einen Zuschuss, wenn sie Altbauten im Ortskern kaufen, statt etwa am Stadtrand neu zu bauen. Dies schont nicht nur die Ressourcen, sondern hält auch die Ortszentren lebendig.

Frage an die Parteien

Bauen im Bestand ist zentraler Baustein der Nachhaltigkeits- und Klimadebatte und zugleich Basis für bezahlbaren Wohnraum. Der Gebäudebestand bietet die Voraussetzungen für kreative, innovative Lösungen bei geringstmöglichem Ressourcenverbrauch.

Wie stärken Sie die Zukunft des Bauens im Bestand?

CSU

Für uns als CSU hat der schonende Umgang mit Fläche hohe Priorität. Trotzdem werden wir den Bedarf am Wohnungsmarkt nicht nur durch Sanierung und Modernisierung decken können. Deswegen befürworten wir die Umnutzung von Gewerbeimmobilien in Wohnraum. Dies kann ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung des Wohnungsmarktes sein. Der entscheidende Vorteil besteht in der Schaffung neuen Wohnraums in gefragten Innenstadtlagen ohne zusätzliche Flächeninanspruchnahme und unter Nutzung bestehender Gebäude. Daher wollen wir die Umnutzung von Büros in Wohnraum erleichtern und die dafür passenden gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass Dachaufstockungen und der Ausbau von Dachgeschossen erleichtert werden. Zudem sollen auch geeignete landwirtschaftliche Flächen aktiviert werden, um ausreichend Bauland zu mobilisieren.

FREIE WÄHLER

Wir setzen uns für eine stärkere Förderung von Bauen im Bestand ein. Die Verschlechterung der Förderbedingungen des Bundes in diesem Bereich sind für uns nicht akzeptabel. Außerdem dürfen die Vorgaben für Gebäude nur so weiterentwickelt werden, dass die Ertüchtigung von Bestandsgebäuden wirtschaftlich sinnvoll möglich ist. Auch im Rahmen der Städtebauförderung und Förderung der Dorferneuerung soll die Ertüchtigung des Bestandes weiter vorangetrieben werden. Bundesweit gibt es verschiedene Pilotprojekte, die nutzbaren Lebensraum in ländlichen Gebieten an die Bewohner der Städte vermitteln wollen. Aus den dort gewonnenen Erfahrungen müssen wir lernen. Gleichzeitig müssen wir die Infrastruktur schaffen, die leer stehenden ländlichen Wohnraum auch für ein städtisches Publikum erschließt – schnelles und sicheres Internet, ÖPNV- und SPNV-Ausbau (Anm. der Red: SPNV = Schienenpersonennahverkehr) und ausreichende Versorgungsstrukturen, das sind nach unserem Dafürhalten die wesentlichen Voraussetzungen, um bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum sicherzustellen.

FDP

Unser Ziel ist es, eine kleinteilige Nachverdichtung durch Aufstockungen und die Nutzung von Baulücken zu ermöglichen und zu fördern. Dieser Ansatz erlaubt es, das Wohnungsangebot zu erhöhen und gleichzeitig die Umwelt zu schonen, da die Kosten wie auch die Bodenversiegelung relativ gering sind. Zur Unterstützung der Kommu-

nen möchten wir die Erstellung eines digitalen Baupotenzialregisters anregen. In diesem Register sollen Potenziale für verschiedene Maßnahmen wie Dachaufstockungen, Umnutzungen, Brachflächenaktivierungen, Um- und Überbauungen, Nachverdichtungen und die Ausweisung neuen Baulands erfasst werden.

2 Infrastruktur für Kreislaufsysteme schaffen

Frage an die Parteien

Durch Instandhaltung, Wiederverwendung und sortenreinen Rückbau von Bauwerken, Bauteilen und Materialien sowie Verwendung nachwachsender Rohstoffe müssen nachhaltige Kreislaufsysteme etabliert und gefördert werden.

Wie wollen Sie dies erreichen und die dafür notwendige Infrastruktur bereitstellen?

Antworten der Parteien

Bündnis 90/Die Grünen

Die Kreislaufwirtschaft kann das Ungleichgewicht aus immensen Abfallaufkommen und Ressourcenverbrauch im Baubereich auflösen. Allen voran muss der Freistaat eine Vorbildfunktion einnehmen und nachhaltiges Bauen bei eigenen Bauvorhaben zum Standard machen und zum Treiber der Kreislaufwirtschaft am Bau werden. Rechtsrahmen, Fördersystematik und Vergabekriterien wollen wir gezielt auf klimakonformes, ressourcenschonendes und kreislaufgerechtes Sanieren und Bauen ausrichten. Wir stärken Bauweisen mit nachwachsenden Rohstoffen. Bauen mit Holz aus regionaler Erzeugung fördern wir ebenso wie innovative und klimafreundliche Ziegel- und Betonbaustoffe. Wir wollen eine zukunftsfähige Kreislauf- und Abfallwirtschaft etablieren, die Wertstoffgewinnung aus dem Rückbau, die Getrenntsammlung von Bau- und Abbruchabfällen sowie den Aus- und Aufbau von Aufbereitungsanlagen stärkt. Durch „Urban Mining“ wollen wir verbaute Sekundärstoffe wiederverwenden, erproben dafür ein Ressourcenkataster für Gebäude und setzen Anreize zur Wiederverwendung und zum Recycling von Baustoffen.

SPD

Wir wollen die „graue Energie“ und die Gesamtbilanz von CO₂-Emissionen im Lebenszyklus stärker in den Blick nehmen. Wir werden „cradle-to-cradle“-Ansätze unterstützen und den Einsatz von nachhaltigen, wiederverwertbaren und nachwachsenden Baustoffen för-

dern. Zur Unterstützung einer regionalen Kreislaufwirtschaft und zur Wiederverwertung von wertvollen Baumaterialien wollen wir ein flächendeckendes Angebot an Baustoffbörsen schaffen.

CSU

Die CSU befürwortet die Entwicklung nachhaltiger Kreislaufsysteme. Bereits im Februar 2023 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Antrag „Einsatz von Recycling-Baustoffen stärken“ eingebracht, da die Wiederverwertung von Bauabfällen wirtschaftlich sinnvoll ist und sowohl klimapolitisch als auch ökologisch enormes Potential bietet. In der Baubranche können mit umfassendem Recycling die weltweit steigenden Preise für Baustoffe kompensiert und ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Mit Recyclingmaterialien kann sich Deutschland als rohstoffarmes Land zudem aus der Lieferabhängigkeit lösen, der Preisentwicklung auf dem Bau entgegenwirken und im Sinne der Kreislaufwirtschaft einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Für die Nutzung von Bauabfällen müssen Regeln und Grenzwerte festgelegt werden, sodass es gelingt den Stoffkreislauf zu schließen.

FREIE WÄHLER

Als Freie Wähler setzen wir uns dafür ein, nachhaltige Kreislaufsysteme im Bauwesen zu etablieren und die notwendige Infrastruktur bereitzustellen. Dazu wollen wir innovative Ansätze durch Investitionen in For-

schung und Entwicklung fördern, die die Verwendung nachwachsender Rohstoffe sowie den sortenreinen Rückbau von Bauwerken und Bauteilen ermöglichen. Die Mantelverordnung sehen wir als wichtigen Rahmen, um den Umgang mit mineralischen Abfällen zu regulieren und die Verwendung von Recyclingmaterialien in Bauprojekten zu steigern. Mit gezielten Anreizen und Zertifizierungsprogrammen möchten wir Unternehmen und Bauherren dazu ermutigen, nachhaltige Praktiken zu implementieren. Durch die Zusammenarbeit mit der Industrie und die Bereitstellung finanzieller Unterstützung wollen wir eine ressourcenschonende und umweltfreundliche Bauindustrie fördern und so einen Beitrag zum Schutz unserer Umwelt leisten.

3 Klimaschutz im Neubau umsetzen

Antworten der Parteien

Bündnis 90/Die Grünen

Auch zu Boomzeiten werden nur zwei Prozent des Wohnungsbestandes im Jahr neu errichtet. Daher sind die Pflege und Sanierung unseres Gebäudebestandes von zentraler Bedeutung. Wirksamer Klimaschutz und eine Senkung der Heizkosten können nur gelingen, wenn viele der älteren Gebäude saniert werden und eine Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien gelingt. Hier setzt die Bundesförderung für die energetische Gebäudesanierung und Neubauförderung an. In Bayern braucht es endlich ein Wärmegesetz, damit bis 2040 alle Wohnungen, Häuser und Gebäude klimaneutral sind. Deshalb führen wir eine bayerische Wärmeplanung auf Landes- und kommunaler Ebene bis spätestens 2024 ein und investieren ab sofort kräftig in unseren Gebäudebestand, damit wir endlich unabhängig von Öl und Gas werden. Mit einem Wärmefonds, einem Modernisierungsprogramm für alle Sozialwohnungen und einem Sanierungsbonus sorgen wir für eine sozialverträgliche Wärmewende. Zudem wollen wir die Nutzung von Solarenergie beim Neubau und dem Austausch der Dachhaut verbindlich machen.

SPD

Wir wollen ein klimaneutrales Bayern bis 2035. Um dieses Ziel zu erreichen, muss auch der Bausektor einen Beitrag leisten. Die SPD-ge-

FDP

Um Ressourcen effizient und im Sinne einer Kreislaufwirtschaft zu nutzen, sind technologische Innovationen und intelligente Nutzungskonzepte unerlässlich. Die Kreislaufwirtschaft spielt eine zentrale Rolle bei der Reduzierung von CO₂-Emissionen und der Minderung sozialer und ökologischer Auswirkungen, die mit dem Abbau und der Verarbeitung von Primärmaterial einhergehen. Die Etablierung solcher Kreisläufe erfordert eine umfassende und strategische Herangehensweise, die das Design, die Herstellung, die Nutzung und die Entsorgung von Produkten gleichermaßen berücksichtigt.

Frage an die Parteien

Neubauten müssen – ausnahmslos – ressourcenschonend, emissionsarm, CO₂-speichernd und mit gebäudenaher, regenerativer Energieversorgung ausgeführt werden.

Wie wollen Sie die erforderlichen verbindlichen Vorgaben für den Klimaschutz und die nötige Energieautonomie durchsetzen?

führte Bundesregierung hat bereits zum 1. Januar 2023 den gesetzlichen Neubaustandard auf den EH55-Standard angehoben. Bis zum 1. Januar 2025 soll er den gesetzlichen Neubauanforderungen an den EH40-Standard angeglichen werden. Auf Landesebene werden wir das Bauen mit Holz und anderen nachhaltigen Baustoffen durch Förderinstrumente, die von der Betrachtung des Gesamtkonzepts und nicht von den Einzelteilen des Baus ausgehen, fördern. Neben der Beschaffenheit der Gebäude selbst, ist auch deren Energieversorgung zentral. Wir unterstützen Konzepte der kommunalen Wärmeplanung und orientieren uns dabei an praxistauglichen ortsnahe Lösungen im Quartier. Darüber hinaus stellen Wärmepumpen eine Lösung dar für Gegenden, die sich für einen Quartiersansatz nicht eignen. Die von der Bundesregierung eingebrachte Novelle des Gebäudeenergiegesetz sieht vor, dass ab 2024 in Neubauten nur noch Heizsysteme eingebaut werden sollen, die zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Generell gilt: Wir wollen eine nachhaltige und sichere Energieversorgung für Bayern zu bezahlbaren Preisen. Deshalb wollen wir Bayern zum Vorreiter bei den erneuerbaren Energien machen. Diese sollen bis spätestens 2035 den gesamten Strombedarf Bayerns decken. Bei uns in Bayern wurde jahrelang der

Ausbau der Windkraft und der Stromleitungen blockiert und verhindert. Das werden wir ändern. Mit uns gibt es einen schnellen und massiven Ausbau von Windkraft. Photovoltaik, Erdwärme und Energiespeichern. Wir machen das zur Chefsache, werden die Bürokratie drastisch reduzieren und den Bau massiv beschleunigen.

CSU

Klimaschutz muss immer die Menschen mitnehmen und sozial gerecht ausgestaltet werden. Wir müssen die Menschen und Unternehmen mit Förderprogrammen und Steuererleichterungen dabei unterstützen, auf klimafreundliche Technologien umzusteigen und dadurch beispielsweise nachhaltiges Wohnen zu ermöglichen. Klimaschutz gelingt nur mit Technologieoffenheit und im Einklang mit den Bürgern, nicht über Verbote. Wir wollen modernes Heizen mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgern gestalten. Die geplanten Verbote und überzogenen Anforderungen der Bundesregierung an Sanierung und Energieversorgung drohen Wohnen für Normalverdiener unbezahlbar zu machen. Dies lehnen wir als CSU strikt ab. Wir stehen für Planungssicherheit und Technologieoffenheit beim Heizen und setzen auf Anreize und konkrete Förder- und Unterstützungsmaßnahmen statt eigentumsgefährdender Verbote. Die Heizung muss zum Haustyp passen. Wir wol-

len, dass man auch zukünftig mit Holz, Hackschnitzeln, Pellets und Biomethan heizen darf.

FREIE WÄHLER

Wir setzen für das Erreichen der ambitionierten Klimaschutzziele einen konsequent technologieoffenen Ansatz. Eine einseitige Festlegung auf bestimmte Bauweisen oder Baumaterialien lehnen wir ab. Nicht alle Arten von Gebäuden können ihren Energiebedarf aus ihrem unmittelbaren Umfeld decken. Wichtig ist hier nachhaltig erzeugte Energie effizient zuzuführen.

FDP

Die Implementierung von nachhaltigen, innovativen Baustoffen beim Neubau soll in der Bayerischen Bauordnung überarbeitet und vereinfacht werden. In der Überarbeitung der Bayerischen Bauordnung streben wir an, die Implementierung nachhaltiger und innovativer Baustoffe beim Neubau zu erleichtern und zu vereinfachen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass auf staatlicher und kommunaler Ebene eine CO₂-Bilanz für Baumaßnahmen eingeführt wird. Bei der Abwägung von Projekten sollten diejenigen mit der größeren Netto-CO₂-Ersparnis bevorzugt werden.

4 Mischnutzungen fördern

Frage an die Parteien

Wohnen und arbeiten, Gewerbe und Freizeit müssen wieder gemeinsam gedacht und zusammengebracht werden im Sinne vitaler, durchmischter Wohn-, Arbeits- und Lebensstandorte.

Wie schaffen Sie die dafür notwendigen Rahmenbedingungen, insbesondere im Bauplanungs-, Immissionsschutz- und Gewerbesteuerrecht?

Antworten der Parteien

Bündnis 90/Die Grünen

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen ist als Ziel in der Bayerischen Verfassung verankert. Das werden wir mit einer starken Landes- und Regionalplanung umsetzen. Wir werden die personelle Ausstattung deutlich verbessern. Planungsprozesse auf allen Ebenen machen wir transparenter und demokratischer. Im Bund wollen wir im Bauplanungsrecht die Innenentwicklung und nachhaltige Stadtentwicklung stärken, sowie die technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm modernisieren und an die geänderten Lebensverhältnisse in den Innenstädten anpassen. Nach den Grundsätzen „Innen vor Außen“ und „Orte der kurzen Wege“ setzen wir konsequent auf lebendige Ortszentren und innovatives, bezahlbares Wohnen in

Städten und Dörfern. Die Anwendung der Instrumente der Innenentwicklung werden wir vereinfachen und Fortbildungsangebote unterstützen. Gleichzeitig werden wir die Förderschwerpunkte und die Mittel für das Bayerische Städtebauförderungsprogramm deutlich ausweiten, um die städtebauliche Erneuerung voranzubringen.

SPD

Die gemischte Nutzung von Quartieren ist uns als SPD ein wichtiges Anliegen, das wir für die große Novelle des Baugesetzbuchs, die 2023/2024 geplant ist, einbringen werden. Für uns stehen dabei vor allem eine Anpassung der Baunutzungsverordnung und der Technischen

Anleitung zum Schutz gegen Lärm im Vordergrund. Dadurch wollen wir lebendige Innenstädte und die Nutzungsvielfalt erhalten. Wir werden dabei ressourcenschonend vorgehen und die Umbaukultur stärken, bestehende Ziel- und Lärmschutzkonflikte auflösen sowie mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Baunutzungsverordnung so angepasst wird, dass wir eine Flexibilisierung bei Nutzungsänderung ermöglichen und die Umnutzung für Wohnzwecke erleichtern. Die Lärm- und Schallschutzvorgaben wollen wir so anpassen, dass sie den Ansprüchen und modernen Lebensverhältnissen in unseren Innenstädten gerecht werden. In Bezug auf Neubauvorhaben setzen wir uns zudem für den Quartiersansatz ein, um die unterschiedlichen Belange und Anforderungen an die Stadtentwicklung wieder stärker zusammenzudenken. Hierbei wollen wir auch entsprechende Vorteile hinsichtlich Energieeffizienz und Klimaschutz nutzen.

CSU

Die gemischte Nutzung ist ein stadtplanerisches Schlüsselement zur Schaffung lebendiger und vielfältiger Stadtviertel, in denen Menschen wohnen und arbeiten können, ohne weite Wege zurücklegen zu müssen. Geeignete Gewerbeimmobilien in Wohnraum umzuwandeln kann ein Aspekt sein, um die Situation auf dem Wohnungsmarkt weiter zu entspannen. Dafür muss die bestehende Rechtslage evaluiert und bei Bedarf mit Augenmaß angepasst werden, sodass sowohl Arbeiten als auch Wohnen miteinander vereinbar ist. Die Kommunen sind die entscheidenden Akteure beim Bauen. Deswegen wird die CSU die kommunale Planungshoheit stärken. Zudem sollen die kommunalen Steuerungs- und Planungsmöglichkeiten verbessert werden, um mehr Flexibilität, beispielsweise für dichtere Wohnbebauung, zu gewährleisten.

5

Planung und Ausführung trennen

Antworten der Parteien

Bündnis 90/Die Grünen

Die Freien Berufe im Planungssektor sind durch ihre spezifischen Qualifikationsanforderungen und durch ihre Berufsordnungen Garanten für Qualität und Verbraucherschutz. Wir Grüne stärken die freien Berufe und ihre Selbstverwaltung. Die Honorarordnung für Architekt*in-

Gleichsam können eine Vereinfachung des Gewerbesteuerrechts und der Abbau bürokratischer Hürden dazu führen, dass Unternehmen ihre Geschäfte in Wohngebieten ansiedeln. Hierfür wollen wir den Bau von Betriebs- oder Werkwohnungen erleichtern und die Besteuerung von Mitarbeiterwohnungen verringern.

FREIE WÄHLER

Als FREIE WÄHLER sind wir davon überzeugt, dass nur vor Ort die für die konkreten Umstände passenden Lösungsansätze gefunden werden können. Daher fordern wir die Erweiterung von rechtlichen und finanziellen Handlungsspielräumen der Kommunen. Nur dort kann eine organische Siedlungsstruktur gestaltet werden.

Seit einigen Jahren steigen vielerorts die Gewerbesteuerhebesätze, die nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in den kreisfreien Städten im Schnitt bei weit über 400 Prozent lagen. Daher ist eine Erhöhung des aktuell geltenden vierfachen Gewerbesteuermessbetrags bei der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer wünschenswert – jedoch hängt eine solche Anpassung von der Bundesgesetzgebung der Ampel-Koalition ab.

FDP

Wir streben an, die finanzielle Sicherheit der Kommunen im Freistaat zu stärken. Aktuell sind die kommunalen Finanzen zu konjunktur- und freistaatsabhängig. Um das zu ändern, planen wir eine konjunkturunabhängige Gewerbesteuer. Langfristig soll diese durch einen kommunalen Zuschlag auf Körperschafts- und abgeseinkte Einkommensteuer ersetzt werden. Außerdem fordern wir einen größeren Umsatzsteueranteil für die Kommunen auf Kosten des Länderanteils.

Frage an die Parteien

Die Trennung von Planung und Ausführung durch getrennte Vergabeverfahren dient der Korruptionsvermeidung und Qualitätssicherung. Gefahr droht durch die Missachtung vergaberechtlicher Vorgaben und eine zunehmende Tendenz zu Totalunter- oder -übernehmervergaben.

Wie begegnen Sie diesen Risiken?

nen (HOAI) wollen wir in regelmäßigen Abständen überprüfen und an neue Anforderungen und die tatsächliche Kostenentwicklung anpassen. Wir stehen für einen Qualitätswettbewerb statt Preisdumping. Durch offene Wettbewerbe und Vergaben wollen wir die mittelstän-

dische Struktur stärken und Chancengerechtigkeit schaffen. Mit einem Landesvergabegesetz sorgen wir dafür, dass öffentliche Aufträge in möglichst kleinen Losen vergeben werden, also weniger an Totalunter- oder -übernehmer*innen gehen. Dadurch können wir der Verdrängung von kleinen und mittleren regionalen Büros entgegenwirken. Zudem sprechen wir uns für einen inflationsbedingten jährlichen Anpassungsturnus der EU-Schwellenwerte aus.

SPD

Die geltende gesetzliche Regelung sieht eine Trennung von Planen und Bauen bei der Auftragsvergabe vor. Dies dient u. a. der Berücksichtigung mittelständischer Interessen. Eine Vergabe an Generalunternehmen ist in begründeten Ausnahmefällen möglich. Aus Sicht der SPD sollte die Ausnahme jedoch nicht zur Regel werden. Insbesondere der Freistaat Bayern sollte sich an diese Regel halten.

CSU

Grundsätzlich muss das Vergaberecht einen fairen Wettbewerb garantieren. Transparenz und Chancengleichheit müssen unter allen Umständen gewahrt bleiben. Die Gewährleistung von Qualität und Wettbewerb haben höchste Priorität. Das Wesen des Vergaberechts, Steuermittel effizient einzusetzen, darf dabei nicht aus dem Fokus geraten. Die CSU setzt sich im Zusammenhang mit dem Vergaberecht zudem weiterhin für Bürokratieabbau ein, um die Bereitschaft der Unternehmer weiter zu erhöhen, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen.

6

Digitalisierung für die ökologische Bauwende nutzen

Antworten der Parteien

Bündnis 90/Die Grünen

Die Digitalisierung bietet viele Chancen zur Beschleunigung von Verwaltungsprozessen beim Bauen – und sie hilft uns, Energie, Ressourcen und Kosten über den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden zu sparen. Die Kommunen werden wir bei digitalen Beteiligungsformaten bei der Bauleitplanung und auf dem Weg hin zum „virtuellen Bauamt“ unterstützen. Mittelfristig wollen wir digitale Zwillinge für alle unsere Gemeinden und Städte. Der Freistaat geht dabei künftig als

FREIE WÄHLER

Wir FREIE WÄHLER stehen fest an der Seite der kleinen und mittleren Büros und wollen diese bewährte Struktur auch in Zukunft bewahren. Dafür muss z.B. gewährleistet sein, dass auch weiterhin keine Zusammenrechnung von Architekten- und Ingenieurleistungen bei der für eine europaweite Vergabe maßgeblichen Auftragswertermittlung erfolgt. Planungsleistungen bei kleineren Bauprojekten müssen auch zukünftig unter dem Schwellenwert für eine europaweite Ausschreibung bleiben und somit auch die in Deutschland üblichen kleinen und mittelständisch geprägten Architektur- und Ingenieurbüros eine realistische Chance auf eine Auftragserteilung haben. Zudem müssen Planung und Ausführung auch in Zukunft getrennt bleiben.

FDP

Öffentliche Aufträge sollten nur über ordnungsgemäß durchgeführte Vergabeverfahren vergeben werden. Grundsätzlich entlastet Modulares Bauen mit Totalunternehmern die öffentliche Verwaltung und verringert Planungs- und Bauzeiten. Durch geeignete Projekte, die an Totalunternehmer mit funktionaler Leistungsbeschreibung vergeben werden, können Verwaltungsaufgaben minimiert werden, ohne die lokale Wirtschaft zu benachteiligen. Die so freigewordenen Personalressourcen können dann für weitere notwendige öffentliche Bauaufgaben genutzt werden.

Frage an die Parteien

Der digitale Wandel des Planens und Bauens muss gemeinsam mit den Anforderungen infolge des Klimawandels gedacht werden.

Wie wollen Sie aktiv dazu beitragen, Ökologie und Nachhaltigkeit zu integralen Bestandteilen digitaler Planungsprozesse zu machen?

Vorbild voran und verlangt bei der Vergabe staatlicher Bauaufträge digitale Bauunterlagen mit offenen Dateistandards (BIM). Viele der kaum noch verfügbaren Rohstoffe existieren als verbautes Material. Wir unterstützen den Einsatz einer Online-Plattform für verbaute Materialien und einem Materialpass zur Bewertung der Rückgewinnung im Sinne der Kreislaufwirtschaft.

SPD

Digitale Planungswerkzeuge stellen unserer Ansicht nach ein zentrales Instrument für modernes klimagerechtes Bauen dar. Durch die Simulation von Bauprojekten können deren Auswirkungen auf die Umwelt frühzeitig erkannt werden. Auch der Einsatz von Materialien kann genauer und nachhaltiger geplant werden. Die Planenden und Auftraggeber können damit wichtige Informationen über die komplexen Zusammenhänge von Städtebau und Ökologie gewinnen und ihre Planungs- und Entscheidungsprozesse danach ausrichten. Gerade in den frühen Planungsphasen bestehen die größten Möglichkeiten, Projekte umwelt- und klimafreundlich zu gestalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass digitale Werkzeuge bei Bauvorhaben ab einer gewissen Größe zu einem frühen Zeitpunkt regelmäßig zum Einsatz kommen. Die dadurch erzielten Erkenntnisse müssen dann Teil der Entscheidungsgrundlage über den weiteren Projektverlauf sein.

CSU

Die Chancen der globalen digitalen Transformation wollen wir klug für unser Land und die Menschen nutzen, aber auch die Risiken im Blick behalten. Ein hoher Digitalisierungsgrad steigert staatliche und gesellschaftliche Sicherheit sowie Resilienz. Wir als CSU fördern unsere digitale Souveränität am Hightech-Standort Bayern und achten gleichzeitig auf die Energieeffizienz, die Klimabilanz und die soziale Teilhabe. Künstliche Intelligenz kann in den digitalen Planungsprozessen der Baubranche entscheidende Vorteile bringen, die die Bau-

planung perspektivisch erleichtern werden. Dabei ist ein guter Zugang zur digitalen Infrastruktur eine Schlüsselkomponente für unsere digitale Teilhabe und gleichwertige Lebensverhältnisse. Zudem gilt es, die Digitalisierung zu nutzen, um bürokratieärmere Vorgänge auch in der Baubranche zu schaffen.

FREIE WÄHLER

Digitale Planungsprozesse müssen, um alle Vorteile der Digitalisierung konsequent zu nutzen, alle Anforderungen und Schritte der Planung durchgehend abbilden. Dazu gehört auch die Integration von Anforderungen aus den Bereichen Ökologie und Nachhaltigkeit.

FDP

Wir wollen Betrieben im Freistaat Planungssicherheit bieten. Dafür fordern wir eine rasche Weiterentwicklung der Förderprogramme „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ (BEG) für Wohn- und Nichtwohngebäude, nachdem abrupte Änderungen in 2022 die Betriebe belasteten. Die Förderung sollte technologieoffen und anhand der eingesparten CO₂-Menge ausgerichtet sein. Ähnliche Anpassungen sind auch bei landeseigenen Gebäudeenergie-Förderprogrammen nötig. Zudem wollen wir digitale Systeme zur Optimierung von Planungs- und Bauprozessen fördern, um Kosten zu senken und die Bauqualität zu verbessern. Diese Maßnahmen sollen in Zusammenarbeit mit Fachleuten in den Behörden erfolgen, sodass öffentliche Bauvorhaben davon profitieren.



Fachkompetenz stärken

Frage an die Parteien

Das Planen und Bauen verändert sich aufgrund der vielfältigen Anforderungen, z. B. des Klimawandels, der Digitalisierung und der demografischen Entwicklung ständig.

Wie unterstützen Sie den Berufsstand, um seine Kompetenz auch im Kontext der beruflichen Fort- und Weiterbildung dauerhaft zu sichern?

Antworten der Parteien

Bündnis 90/Die Grünen

Der Weiterbildungsbedarf in unserer Gesellschaft wächst, weil sich unsere Wirtschaft und Lebensweise inmitten von Globalisierung, Digitalisierung und sozialökologischer Transformation befindet. Die Fähigkeit, sich neues, anderes Wissen anzueignen, wird in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen. Doch Weiterbildung hat heute noch

nicht den Stellenwert, den sie in einer sich wandelnden Gesellschaft und Arbeitswelt braucht. Weiterbildung muss in unseren Augen genauso wichtig und selbstverständlich betrachtet werden wie Schule, Ausbildung oder Studium. Wir Grüne wollen die bezahlte Freistellung zum Zwecke der beruflichen, der allgemeinen, der politischen Weiter-

bildung und der Bildung für das Ehrenamt – für jede*n Arbeitnehmer*in. Neben Sachsen ist Bayern das einzige Bundesland, in dem es keinen gesetzlich geregelten Anspruch auf Bildungsfreistellung gibt. Zudem wollen wir eine lebensbegleitende Beratung für Beschäftigte sowie den Aufbau einer zentralen Online-Plattform für gebündelte Informationen über Angebote und Beratung zur Weiterbildung.

SPD

Wir als SPD wissen die hohe Qualifikation und die Arbeit des Berufsstands sehr zu schätzen. Durch ihre Bereitschaft, sich neues Wissen anzueignen spielen Planerinnen und Planer eine bedeutende Rolle für unsere Gesellschaft. Nur gemeinsam mit ihnen können wir den Herausforderungen des Klimawandels, der Digitalisierung und der demografischen Entwicklung begegnen und diese Aufgaben bestmöglich mitgestalten. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin dafür ein, die Rahmenbedingungen für den Berufsstand zu verbessern. Die SPD-geführte Bundesregierung hat im Sommer 2023 eine Reform der Weiterbildungsförderung für Beschäftigte erreicht. Durch das neue Gesetz wird diese einfacher und transparenter. Außerdem wird bei der Förderung künftig auf die Voraussetzung einer Betroffenheit der Tätigkeit vom Strukturwandel oder einem Engpassberuf verzichtet. Kleinere Betriebe werden zudem entlastet, sie müssen sich nicht mehr an den Lehrgangskosten beteiligen. Die SPD setzt sich darüber hinaus für eine geförderte Weiterbildungszeit ein.

CSU

Architekten und Ingenieure modernisieren Häuser, bauen Brücken und planen Schulen. Sie tragen damit hohe Verantwortung im öffentlichen Interesse. Gerade in Zeiten, in denen insbesondere in Ballungsräumen Wohnraum knapp ist, brauchen wir innovative und moderne Architekten und Ingenieure. Denn nur durch Aktivierung, Sanierung und Modernisierung von Wohnflächen werden wir Wohnen bezahlbarer machen. Damit Architekten und Ingenieure ihre ausgezeichnete und qualitativ hochwertige Arbeit fortsetzen können, möchten wir als CSU diese Berufsgruppen auch zukünftig dabei unterstützen ihr

vorhandenes Know-how stets weiterzuentwickeln. Dies ist auch vor dem Hintergrund des nachhaltigen Bauens und der Verwendung klimaneutraler Baustoffe immens wichtig.

FREIE WÄHLER

Als FREIE WÄHLER vertrauen wir fest auf die steuernden Effekte des Marktes und die Qualität der deutschen Ausbildung. Für uns ist die Sicherstellung des qualifikationsgebundenen Berufszugangs eine der wichtigsten Forderungen, vor allem gegenüber Brüssel. Wir wollen die hohe Qualität der planenden Fachrichtungen sichern und weiter ausbauen. So haben wir etwa im Rahmen der Änderung des Baukammergesetzes den Vorschlag eingebracht, die Regelstudienzeit für die Fachrichtung Architektur auf fünf und für die Fachrichtungen Innen- und Landschaftsarchitektur auf vier Jahre, jeweils mit einer zweijährigen Praxiszeit, anzuheben. Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen sowie auch für eine ausreichende Finanzierung dieser Studienangebote. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Kostenfreiheit der Meisterausbildung und vergleichbarer Ausbildungen ein. In Bayern haben wir den Meisterbonus angehoben. Attraktive Angebote in der beruflichen Aus- und Weiterbildung sind uns als FREIE WÄHLER sehr wichtig, daher wollen wir diese in ganz Bayern weiter fördern.

FDP

Wir wollen den Berufsstand unterstützen, indem wir die Förderung digitaler Systeme vorantreiben, sowie die Planungs- und Bauprozesse optimieren. Diese Technologien sind ein Faktor, um Kosten senken und die Bauqualität verbessern zu können. Dies wird in Zusammenarbeit mit Fachleuten, einschließlich Architekten, Ingenieuren und Stadtplanern in den Behörden geschehen, was die Kompetenzsicherung im Kontext beruflicher Fort- und Weiterbildung unterstützt. Darüber hinaus werden diese Fachleute aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen und haben die Möglichkeit, ihre Expertise bei der Umsetzung der digitalen Transformation und nachhaltigen Praktiken im Bauwesen einfließen zu lassen.



Klimaschutz im
Vergabewesen verankern

Frage an die Parteien

Als Auftraggeberin von Planungs- und Bauleistungen hat die öffentliche Hand eine wichtige Vorbildfunktion inne.

Wie versetzen Sie die öffentliche Hand, vor allem die Vergabestellen, in die Lage, ihrer Verantwortung für die gebaute Umwelt, auch in Hinsicht auf den Klimaschutz, gerecht zu werden?

Antworten der Parteien

Bündnis 90/Die Grünen

Das Auftragsvolumen und damit die Marktmacht der öffentlichen Hand sind riesig. Das gesamte Beschaffungsvolumen in Deutschland liegt bei jährlich über 350 Milliarden Euro; ca. 40% davon machen die öffentlichen Vergaben der Kommunen aus. Der Freistaat Bayern beschafft jedes Jahr Sach- und Dienstleistungen für mehrere Milliarden Euro. Mehrfache Novellen von europäischen und Bundesvergaberechtsregelungen haben den Weg bereitet, dass neben dem Preis als Kriterium für den Zuschlag, auch ökologische und soziale Merkmale zur Anwendung kommen können. Inzwischen ist der Freistaat das einzige Bundesland ohne eigenes Landesvergabegesetz. Damit nimmt sich Bayern die Möglichkeit, deutlich stärker auf faire, ökologische und so weit wie möglich regionale Beschaffung hinzuwirken. Wir Grüne wollen ein Landesvergabegesetz, das gerechte Löhne, faire Lieferketten und eine verbesserte Beteiligung von kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Start-Ups bei öffentlichen Aufträgen ermöglicht.

SPD

Für uns als BayernSPD muss die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion beim klimagerechten Bauen spielen. Eine entsprechende finanzielle und personelle Ausstattung muss dafür sichergestellt werden. Ebenso muss dafür gesorgt werden, dass das fachliche Know-how zum Thema Klimaschutz/klimagerechtes Bauen bei den Vergabestellen vorhanden ist. Wir befürworten außerdem den Einsatz digitaler Planungsmethoden zur Bewertung der Auswirkungen von Bauvorhaben auf Umwelt und Klima bei Projekten der öffentlichen Hand.

CSU

Nachhaltigkeit ist unser Handlungsmaßstab. Die CSU will die Lebenschancen der künftigen Generationen mehren. Unsere Kinder und Enkelkinder sollen in einem Bayern mit einer intakten Natur aufwachsen und leben können. Wir sehen große Chancen in der Digitalisierung der öffentlichen Hand, wie z. B. in der ganzheitlichen Software-gestützten Planung. Alle Beteiligten haben dadurch jederzeit Zugriff auf alle Daten, die zudem permanent bei jeder Änderung synchronisiert werden. Das schafft eine höhere Datenqualität und senkt durch den Informationsaustausch Reibungsverluste auf ein absolutes Minimum. Der Pla-

nungsprozess wird so günstiger, effektiver und somit gleichzeitig klimafreundlicher. Wir wollen auch die digitale Bauakte mit Hochdruck vorantreiben und zeitnah flächendeckend umsetzen. Digitalisierung darf nicht beim Planen aufhören, sondern muss sich genauso bei der Ausführung auf der Baustelle fortsetzen. Breitband und WLAN gehören auf jede Baustelle wie Wasser, Strom und Sanitäranlagen. Für alle am Bau Beteiligten muss es offene Schnittstellen geben.

FREIE WÄHLER

Als Freie Wähler liegt uns daran, die öffentliche Hand als Auftraggeberin von Planungs- und Bauleistungen dazu zu befähigen, ihre wichtige Vorbildfunktion in Bezug auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz wahrzunehmen. Hierfür setzen wir auf gezielte Maßnahmen, um die Vergabestellen zu stärken und ihrer Verantwortung für die gebaute Umwelt gerecht zu werden. Dazu gehören die Festlegung klarer Richtlinien und Vorgaben für nachhaltiges Bauen und Klimaschutz, Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen, um das Bewusstsein für diese Themen zu stärken, sowie die Integration von Nachhaltigkeitskriterien in Ausschreibungen, um innovative und umweltfreundliche Lösungen zu fördern. Zudem möchten wir Partnerschaften und Netzwerke mit Experten und Organisationen aus dem Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz eingehen und finanzielle Anreize schaffen, um nachhaltige und klimafreundliche Projekte zu unterstützen.

FDP

Wir setzen uns für eine Vereinfachung öffentlicher Ausschreibungen ein, einschließlich der Standardisierung von Ausschreibungsunterlagen, Überarbeitung von Anforderungen an Unternehmen und Erhöhung der Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen. Aufträge sollten nur über Vergabeverfahren vergeben werden. Da kleinere Unternehmen oft den Aufwand für die Teilnahme an Ausschreibungen scheuen, obwohl sie wettbewerbsfähig sind, könnten diese Maßnahmen die Teilnahme erleichtern. Dies würde gleichzeitig die öffentlichen Auftraggeber entlasten und Steuergelder einsparen, da der Aufwand für die Erstellung und Prüfung von Ausschreibungen sinkt. 